

Dr. Margarete Schramböck
 Bundesministerin für Digitalisierung und
 Wirtschaftsstandort

Präsident des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

buero.schramboeck@bmdw.gv.at
 Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.139.917

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)5496/J-NR/2021

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 5496/J betreffend "Lieferkettengesetze auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene", welche die Abgeordneten Julia Herr, Kolleginnen und Kollegen am 23. Februar 2021 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 bis 4 und 8 der Anfrage:

1. *Wurde durch Ihr Ministerium bereits eine "Prüfung zusätzlicher Maßnahmen zur Stärkung der unternehmerischen Verantwortung für Menschenrechte im Sinne der OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen" eingeleitet?*
 - a. *Wenn ja, was ist der aktuelle Stand?*
 - b. *Wenn ja, gibt es bereits Ergebnisse und wie lauten diese?*
 - c. *Wenn nein, warum nicht?*
2. *Prüft oder arbeitet Ihr Ministerium an der Einführung eines Lieferkettengesetzes, so wie dies in Deutschland Teil des geltenden Koalitionsabkommen ist und auch intensiv diskutiert wird und in Frankreich mit dem «Loi de vigilance» bereits seit 2017 gesetzlich verankert ist?*
 - a. *Wenn ja, was ist der aktuelle Stand?*
 - b. *Wenn ja, wie lauten die nächsten Schritte?*
 - c. *Wenn nein, warum nicht?*
3. *Welche anderen Schritte planen Sie in Ihrem Ministerium zur Stärkung der unternehmerischen Verantwortung? (Mit Bitte um Auflistung der einzelnen Maßnahmen und Erklärung)*

4. *Welche Schritte planen Sie, um Unternehmen zur menschenrechtlichen, arbeitsrechtlichen und umweltrechtlichen Sorgfalt zu verpflichten? (Mit Bitte um Auflistung der einzelnen Maßnahmen und Erklärung)*
8. *Der EU-Kommissar für Justiz und Rechtsstaatlichkeit Didier Reynders hat noch für das laufende Jahr einen Vorschlag für eine EU-Rechtsvorschrift zu verbindlichen unternehmerischen Sorgfaltspflichten angekündigt. Setzen Sie sich in der Bundesregierung und auf europäischer Ebene für ein starkes Auftreten Österreichs im Sinne einer solchen EU-Rechtsvorschrift ein?*
 - a. *Wenn ja, wie, wo und mit welchem Erfolg?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*

Die österreichische Außenwirtschaftsstrategie 2018 legt eine präzise Wertorientierung für Österreich im Bereich Außenwirtschaft fest, die den Schutz der Menschenrechte, den Ausbau der Rechtsstaatlichkeit, hohe internationale Produkt-, Umwelt- und Sozialstandards, Nachhaltigkeit und unternehmerischer Verantwortung umfasst. Zum bewussten Umgang mit Werten gehören auch die Wahrnehmung der unternehmerischen Verantwortung im Sinne der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, die Vermeidung negativer Auswirkungen wirtschaftlichen Handelns auf Menschenrechte, die Einhaltung von Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards und der Einsatz für nachhaltige Entwicklung.

Österreich hat sich verpflichtet, die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen und deren Grundsätze und Maßstäbe für ein verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln zu fördern und umzusetzen und hat dazu in meinem Ressort den Österreichischen Nationalen Kontaktpunkt (öNKP) eingerichtet.

Im Rahmen der Maßnahmen zur Stärkung der OECD-Leitsätze und in Umsetzung der im aktuellen Regierungsprogramm vorgesehenen Maßnahme "Prüfung zusätzlicher Maßnahmen zur Stärkung der unternehmerischen Verantwortung für Menschenrechte im Sinne der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen" hat mein Ressort durch den öNKP eine Reihe an Initiativen durchgeführt, die dazu dienen, die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen bekanntzumachen, Kapazitäten aufzubauen und dadurch die Umsetzung zu forcieren:

- 2020 wurde schwerpunktmäßig der digitale Wandel im Spannungsfeld unternehmerischer Verantwortung in einem Multistakeholder-Prozess thematisiert.
- Das Schwerpunktthema für 2021 "Sorgfaltspflichten in den Lieferketten" wird im Rahmen einer dreiteiligen Webinar-Serie für Unternehmen und relevante Stakeholder bearbeitet. Informationsveranstaltungen mit Arbeitnehmerinnen und Ar-

beitnehmern sowie Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft werden weitergeführt und verstärkt. Ein Multistakeholder-Dialogforum soll auch zu diesem Thema breitem Austausch und Wissenstransfer dienen.

- Ein Schwerpunkt zu Menschenrechten und unternehmerischer Verantwortung ist in Planung. Dies inkludiert auch die geplante Aufnahme von entsprechendem Expertenwissen in den Lenkungsausschuss des öNKP.
- In Umsetzung der Empfehlungen aus dem Peer Review des öNKP aus 2018 wird bei den Aktivitäten des öNKP ein besonderer Schwerpunkt auf den Austausch mit Arbeitnehmervereinigungen und -vertretern sowie der Zivilgesellschaft gelegt.
- Der Kapazitätsaufbau des öNKP und des NKP-Netzwerks war wie von der OECD empfohlen ein wichtiges Element der Arbeiten meines Ressorts, das auch die erste OECD-Mediationsakademie für NKPs initiiert und durchgeführt hat. Seither haben bereits zwei weitere internationale Mediationsakademien in Österreich stattgefunden.
- Österreich beteiligt sich darüber hinaus aktiv an den laufenden Arbeiten der OECD zur Weiterentwicklung der OECD-Standards zur unternehmerischen Verantwortung; dies insbesondere auch im Zusammenhang mit den Herausforderungen der COVID-19-Pandemie.

Seit 2005 fördert mein Ressort weiters die Unternehmensplattform "respACT" zur Forcierung von verantwortungsvollem, nachhaltigem Wirtschaften. Mit dem Unternehmenspreis TRIGOS werden in diesem Rahmen jährlich Unternehmen mit besonderer Vorbildwirkung in diesem Bereich ausgezeichnet.

Österreich setzt sich auch im Rahmen der Europäischen Handelspolitik für eine Stärkung und Förderung der Nachhaltigkeit ein. Dies geschieht vor allem durch die Forderung nach umfassenden Nachhaltigkeitskapiteln in Freihandelsabkommen einschließlich Bestimmungen zu unternehmerischer Verantwortung im Rahmen von Lieferketten und deren effizienter Implementierung. Diese österreichische Forderung findet sich auch in der jüngsten Mitteilung der Europäischen Kommission zur Überarbeitung der Handelspolitik vom Februar 2021 wieder, die ganz im Zeichen von Nachhaltigkeit und deren verstärkter Implementierung steht.

Zu den laufenden Diskussionen und Vorbereitungen auf EU-Ebene für eine neue Initiative zu Nachhaltiger Unternehmensführung (Sustainable Corporate Governance Initiative), die einen Vorschlag betreffend Sorgfaltspflichten in der Lieferkette enthalten soll und von

Kommissar Reynders für Mitte 2021 avisiert ist, befürwortet mein Ressort eine gesamteuropäische Lösung und sieht den Vorschlägen der Europäischen Kommission mit Interesse entgegen.

Mein Ressort ist diesbezüglich laufend in enger Abstimmung mit dem Bundesministerium für Justiz und dem Bundesministerium für Arbeit. Aus Sicht des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort wird es wichtig sein, auf den Stärken vorhandener Strukturen wie dem öNKP aufzubauen, Doppelgleisigkeiten und administrativen Mehraufwand insbesondere für KMU zu vermeiden, ein level playing field zu forcieren und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen und österreichischen Unternehmen zu gewährleisten.

Antwort zu Punkt 5 der Anfrage:

5. *Im September 2014 sprach sich der UN-Menschenrechtsrat mehrheitlich für eine von Ecuador und Südafrika eingebrachte Resolution zur Erarbeitung eines Menschenrechtsabkommens zu "Verantwortlichkeiten transnationaler Unternehmen und anderer Wirtschaftsunternehmen im Hinblick auf die Menschenrechte" aus. Seither tagt eine zwischenstaatliche Arbeitsgruppe, der sich Österreich anfangs verweigerte, auf Druck jedoch nun doch teilnimmt. 2018 wurde ein erster Entwurf für den Vertragstext präsentiert. Seit 2018 und noch bis hinein in dieses Jahr ist Österreich im UN-Menschenrechtsrat vertreten und trägt damit eine besondere Verantwortung, Fortschritte zu erzielen. Setzen Sie sich in der Bundesregierung und auf internationaler Ebene für ein starkes Auftreten Österreichs im Sinne eines solchen UN-Abkommens ein?*
- a. Wenn ja, wie, wo und mit welchem Erfolg?*
 - b. Wenn nein, warum nicht?*

Die Angelegenheiten des auf UN-Ebene in Verhandlung befindlichen Abkommens betreffend Verantwortlichkeiten transnationaler Unternehmen und anderer Wirtschaftsunternehmen im Hinblick auf die Menschenrechte fallen in die federführende Verantwortlichkeit des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten, weshalb dazu auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 5495/J durch den Herrn Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten zu verweisen ist. Mein Ressort wirkt an diesem Prozess im Rahmen des innerstaatlichen Koordinationsprozesses mit der Bereitstellung seiner Expertise mit.

Antwort zu den Punkten 6 und 7 der Anfrage:

6. *Am 22. Jänner 2021 trat Österreich zum dritten Mal für eine Universelle Menschenrechtsprüfung (Universal Periodic Review) vor den UN-Menschenrechtsrat. Dabei wurde seitens Costa Ricas eine Empfehlung ausgesprochen, ein Gesetz zu verabschieden, das die Aktivitäten transnationaler Unternehmen unter Anwendung eines Menschenrechtsansatzes reguliert. Wie planen Sie dieser Empfehlung nachzukommen?*
- a. *Wie ist der vorgesehene Zeitplan zur Umsetzung dieser Empfehlung?*
 - b. *Werden dabei zivilgesellschaftliche Organisationen und Expertinnen involviert sein?*
 - c. *Wenn ja, wie?*
 - d. *Wenn nein, warum nicht?*
 - e. *Wenn Sie nicht planen die Empfehlungen umzusetzen, warum nicht?*
7. *Seitens Chile, Deutschland, Japan, Luxemburg, Mozambique, Norwegen, Polen und Thailand wurde die Empfehlung zur Ausarbeitung eines nationalen Aktionsplans für Wirtschaft und Menschenrechte ausgesprochen. Wie planen Sie dieser Empfehlung nachzukommen?*
- a. *Wie ist der vorgesehene Zeitplan zur Umsetzung dieser Empfehlung?*
 - b. *Werden dabei zivilgesellschaftliche Organisationen und Expertinnen involviert sein?*
 - c. *Wenn ja, wie?*
 - d. *Wenn nein, warum nicht?*
 - e. *Wenn Sie nicht planen die Empfehlungen umzusetzen, warum nicht?*

Dazu ist auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 5495/J durch den Herrn Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten zu verweisen.

Antwort zu den Punkten 9 bis 12 der Anfrage:

9. *Die europaweite Kampagne "Unternehmen zur Verantwortung ziehen", die in Österreich vom ÖGB, der Arbeiterkammer, gemeinsam mit Friends of the Earth, der ECCJ (European Coalition for Corporate Justice) und dem EGB initiiert wurde, fordert die EU-Kommission zur Vorlage eines Gesetzesrahmens auf, der Menschenrechtsverstöße von Unternehmen effektiv bekämpft. Sind Sie oder VertreterInnen Ihres Ministeriums mit den InitiatorInnen oder VertreterInnen der Kampagne auf europäischer oder österreichischer Ebene in Kontakt?*
- a. *Wenn ja, wann und in welcher Form fand dieser Kontakt bzw. diese Kontakte statt?*

- b. Wenn ja, was ist das Ziel bzw. das Ergebnis dieses Austausches?*
 - c. Wenn nein, warum nicht?*
- 10. Unterstützen Sie die Anliegen von "Unternehmen zur Verantwortung ziehen"?*
 - a. Welche im Besonderen?*
 - b. Wenn nein, warum nicht?*
- 11. In Österreich gibt es mit "Menschenrechte brauchen Gesetze" eine Kampagne, die für menschenrechtliche und umweltrechtliche Sorgfaltspflichten entlang der gesamten Lieferkette wirbt. Siegrid (sic) von einem breiten Bündnis aus NGOs, dem ÖGB und der Arbeiterkammer getragen. Sind Sie oder VertreterInnen Ihres Ministeriums mit den InitiatorInnen oder VertreterInnen von "Menschenrechte brauchen Gesetze" in Kontakt?*
 - d. Wenn ja, wann und in welcher Form fand dieser Kontakt bzw. diese Kontakte statt?*
 - e. Wenn ja, was ist das Ziel bzw. das Ergebnis dieses Austausches?*
 - f. Wenn nein, warum nicht?*
- 12. Unterstützen Sie die Anliegen von "Menschenrechte brauchen Gesetze?"*
 - g. Welche im Besonderen?*
 - h. Wenn nein, warum nicht?*

Mit den konkreten Kampagnen "Unternehmen zur Verantwortung ziehen" und "Menschenrechte brauchen Gesetze" gab es seitens meines Ressorts keine Kontakte. Im Rahmen der weiter oben angeführten Aktivitäten des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort ist immer auch die Zivilgesellschaft eingebunden.

Wien, am 23. April 2021

Dr. Margarete Schramböck

Elektronisch gefertigt

